

Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) im Transformationsprozeß 1989/90¹

Von Wolfgang Jäger und Michael Walter

Zu den beeindruckendsten Entwicklungen der »Wendemonate« 1989/90 gehörte die rasche Transformation des von der SED dominierten Blockparteiensystems hin zum pluralistischen Parteiensystem nach bundesrepublikanischem Modell. Während die Entwicklung der übrigen Blockparteien in dieser Phase inzwischen recht gut aufgearbeitet ist, fand die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) bislang relativ wenig Beachtung.² Dies ist umso erstaunlicher, als gerade diese Partei den in ideologischer Hinsicht wohl weitesten Weg gegangen ist: vom treuesten Vasallen der »Partei der Arbeiterklasse« bis zur Vereinigung mit der CDU.

Im Vergleich zu den beiden älteren Blockparteien distanzierte sich die DBD erst sehr spät von der SED. Zwar war bereits nach der Ablösung des Vorsitzenden Ernst Mecklenburg durch Günther Maleuda im April 1987 eine gewisse Bewegung zu beobachten. So wurden freiwerdende Leitungsfunktionen im landwirtschaftlichen Bereich nun nicht mehr gegen den Willen der Mitgliedschaft freiwillig an die SED abgetreten. Auch Veränderungen in der Parteistruktur und im Statut führten zu einer größeren Öffnung und zu Mitgliederzuwachs. Hoffnungen auf eine Orientierung am sowjetischen Reformmodell erfüllten sich jedoch nicht. Die Bauernpartei blieb »der engste Kampfgefährte der SED«. Aus diesem Grund registrierte die DBD-Führung in den ersten sechs Monaten 1989 in sämtlichen Bezirksverbänden eine steigende Zahl von Austritten. Zusätzlich wurde eine Reihe von Mitgliedern aus der Partei ausgeschlossen. In knapp achtzig Prozent der Fälle wurde dies mit »staatsfeindlichem Verhalten« begründet – etwa weil die Betroffenen Ausreisearträge gestellt hatten. Aber auch die Verbleibenden waren immer weniger bereit, der Parteilinie zu folgen. Die DBD-Führung mußte feststel-

1 Für Ihre freundliche Unterstützung bei der Erarbeitung dieses Kapitels danken die Verfasser den ehemaligen Vorsitzenden der DBD, Herrn Günther Maleuda und Herrn Ulrich Junghanns, die am 10.1.1995 in Bonn bzw. am 18.11.1994 in Frankfurt/Oder für Interviews zur Verfügung standen, sowie Herrn Konrad Kühne vom Archiv für Christlich Demokratische Politik (ACDP).

2 Vgl. zum Forschungsstand: Christel NEHRIG, *Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien. Die DBD*, in: *Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages)*, DEUTSCHER BUNDESTAG (Hrsg.), Band II, 4. S. 2375-2398, S. 2375 f.

len, daß die Beteiligung an Mitgliederversammlungen und Schulungen weit unter den von den Untergliederungen angegebenen Zahlen lag.³

Trotz dieser Alarmsignale unterschieden sich die Erklärungen der DBD lange Zeit nur in Nuancen von denen der »Partei der Arbeiterklasse«. Man ordnete die eigene Partei weiterhin der SED unter, bekannte sich zum Sozialismus und wies den Gedanken einer Wiederherstellung der deutschen Einheit in scharfer Form zurück. Da »es zu keiner Zeit auch nur den geringsten Zweifel geben« dürfe, »auf welcher Seite des Kampfes wir stehen«⁴, wertete auch die DBD die manipulierten Kommunalwahlen im Mai als »eindrucksvolles Bekenntnis zu der auf Frieden und Sozialismus gerichteten Politik der Partei der Arbeiterklasse und unseres Arbeiter- und Bauern-Staates«.⁵

In den vom Sekretariat für die 7. Tagung des Parteivorstandes am 30. Juni 1989 thematisch vorgegebenen Redebeiträgen waren neben Lobeshymnen auf das vermeintlich Erreichte nur vereinzelt Hinweise auf die tatsächliche Stimmung in der Bevölkerung zu finden. So wies eine Rednerin darauf hin, daß es Kritik vor allem unter den Jugendlichen gebe. Wenig später konterkarierte die anwesende FDJ-Vertreterin diesen Hinweis, indem sie ein Schreckensgemälde vom »menschenfeindlichen Charakter des imperialistischen Systems« in der Bundesrepublik zeichnete.⁶ Unterstützung fand sie beim Vorsitzenden des Bezirksverbandes Berlin und späteren Parteivor-sitzenden Ulrich Junghanns, der sich die »Schutzfunktion nicht ausreden« lassen wollte, »ganz einfach, weil wir den Schutz spüren, vor all dem, was hinter der Mauer jetzt an brauner Pest wuchert«.⁷

Daß Tagungsleiter Hans Reichelt, seit 1972 Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, in seinem Schlußwort dazu aufrief, die »Auseinandersetzung mit dem Gegner und seinen Medien [...] fest und unerschütterlich« zu führen, hinderte die Parteibasis nicht daran, mit Hilfe des vom Präsidiumsmitglied Georg Böhm als Verbreiter »übelster Horrormeldungen«⁸ attackierten Westfernsehens die Entwicklungen in der Sowjetunion, in Polen und in Ungarn aufmerksam zu verfolgen und in den Parteiversammlungen nach weiteren Informationen über die dortigen Prozesse zu fragen. Im Juli wurde der Führung gemeldet, daß von einzelnen Mitgliedern offen Zwei-

3 20. Sitzung des Sekretariats des Parteivorstandes am 8.8.1989, Information über die Mitgliederbewegung im 1. Halbjahr 1989, ACDP-VI-052-126/2, S. 3, und Büro des Sekretariats, Stenographisches Protokoll der 7. Tagung des Parteivorstandes am 30.6.1989 in Berlin, ACDP-VI-053-251, S. 66 a.

4 EBD., S. 18.

5 EBD., S. 53.

6 EBD., S. 23.

7 EBD., S. 26.

8 EBD., S. 14.

fel am Sieg des Sozialismus geäußert würden.⁹ Und während Reisekader Maleuda im August »eine freundschaftliche Begegnung mit dem Führer der Libyschen Revolution« hatte, nahmen auch in den LPG die Forderungen nach mehr Reisefreiheiten zu.¹⁰

Allen innerparteilichen Diskussionen zum Trotz bekräftigte der DBD-Vorsitzende im September das Bekenntnis der Bauernpartei zum sozialistischen Staat DDR unter der Führung der SED: Als »führende Kraft unseres Landes« habe sie »stets den richtigen Kurs gesteuert«. Dafür entbiete die DBD »dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und seinem Generalsekretär, dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, unserem hochverehrten Freund Erich Honecker, unseren herzlichen Gruß und tiefempfundenen Dank«.¹¹ Maleuda versicherte, daß die DBD »treu, entschlossen, tatbereit und unerschütterlich an der Seite der Partei der Arbeiterklasse« stehe. Im Demokratischen Block und in der Nationalen Front werde sie »auch künftig ein zuverlässiger Streiter für die edlen Ziele des Sozialismus und des Friedens sein«.¹² Den Gedanken an die deutsche Einheit wies der DBD-Vorsitzende dagegen als »zügellose Hetze, Verleumdungen und Einmischungen in die inneren Angelegenheiten der DDR seitens der BRD kategorisch zurück«.¹³

Mit solchen Erklärungen stand Maleuda keineswegs allein. In Diskussionen über die aktuellen politischen Probleme beeilte sich noch immer eine große Zahl von DBD-Mitgliedern, in opportunen Erklärungen der Politik des SED-Regimes ihre Zustimmung zu versichern. Viele bekundeten Unverständnis und Empörung über die Massenflucht in den Westen und unterstützten die Propaganda gegen Ausreisewillige, gegen Bürgerrechtler und gegen die »Machenschaften der BRD«. Auch aus der Basis gab es Forderungen nach hartem Vorgehen gegen »Republikflüchtige« und Beifall für die brutalen Einsätze der Sicherheitsorgane gegen die Teilnehmer von Demonstrationen. Anfang August wertete der Bezirksvorstand Leipzig Reformforderungen als Versuche »bestimmter Gruppierungen in provokatorischer Absicht die öffentliche Ordnung zu stören und auf Konfrontation mit unserem Staat und unserer Gesellschaft zu gehen«.¹⁴ Nach Aussetzung des visafreien Reiseverkehrs in die Tschechoslowakei am 3. Oktober beteiligten

9 Demokratische Bauernpartei Deutschlands, Parteivorstand, Abteilung Leitende Parteiorgane (im folgenden abgekürzt: Abt. Leitende Parteiorgane), Information über die Parteiarbeit im Monat Juli 1989, Parteiinternes Material, 9.8.1989, ACDP-VI-052-22/2, Anlage 1.

10 Abt. Leitende Parteiorgane, Information über die Parteiarbeit im Monat August 1989, Parteiinternes Material, 11.9.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 3 und 7.

11 Büro des Sekretariats, Festliche 8. Tagung des Parteivorstandes am 18.9.1989, ACDP-VI-052-251, S. 3.

12 EBD., S. 4.

13 EBD., S. 13.

14 Büro des Sekretariats, 29. Sitzung des Präsidiums des Parteivorstandes am 22.8.1989.

sich Angehörige mehrerer Kreisverbände am Aufspüren Ausreisewilliger im Grenzgebiet.¹⁵ Andere dagegen äußerten Verständnis für die Entscheidung, in den Westen zu gehen, und wiesen bei der Suche nach Ursachen für den Massenexodus auf Versorgungsprobleme, Mißbrauch von Privilegien sowie auf die Diskrepanz zwischen den Erfolgsmeldungen der DDR-Medien und der tatsächlichen ökonomischen und politischen Situation hin. Wie parteiinterne Berichte alarmiert vermerkten, wurden dabei häufig »Ursachen und Zusammenhänge nur in der DDR gesucht, die großangelegte Kampagne des Gegners ignoriert, unterschätzt bzw. unsere Informationen darüber als Propaganda abgetan. Dabei werden Positionen des Gegners wiedergegeben bis hin zu Reformforderungen, unsachliche und spitze Diskussionen zu den Ursachen illegaler Ausreise geführt, die von einzelnen Mitgliedern gegen die Partei und Staatsführung gerichtet werden. Manche Mitglieder erliegen der Hetzkampagne westlicher Medien.«¹⁶

Doch ließ zunächst nur eine Minderheit den ernsten Worten auch Taten folgen. Einzelne Abgeordnete weigerten sich, als Repräsentanten der Bauernpartei an den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung teilzunehmen oder legten aus Protest gegen die Ignoranz der Verantwortlichen ihr Mandat nieder. Konnte ein Bericht an die Parteiführung Anfang Oktober kritische Mitglieder, die drohten, ihre Mitgliedsbücher zurückzugeben, wenn sich in der DDR und in der Partei nichts ändere, noch mit Namen, Funktion und Arbeitsplatz nennen,¹⁷ so war dies angesichts der wachsenden Zahl bald nicht mehr möglich. Forderungen nach Reformen wurden zunehmend insbesondere von jüngeren Parteimitgliedern unterstützt. Parallel zur Zahl der Austrittserklärungen stieg die der Übersiedlungen in die Bundesrepublik. Unter den ersten DBD-Mitgliedern, die in den Westen gingen, war sogar eine Kandidatin des Parteivorstandes, die daraufhin aus der Partei ausgeschlossen wurde.¹⁸

Günther Maleudas Beitrag zur Feier der Staatsgründung, der unter dem Titel »40 Jahre DDR – vier Jahrzehnte erfolgreiches Wirken für unseren sozialistischen Friedensstaat« am 6. Oktober im Parteiorgan »Bauern-Echo« erschien, spiegelt diese Entwicklung nicht wider. Ungeachtet der kritischen

Darin u.a.: Bericht des Sekretariats des Bezirksvorstandes Leipzig an das Präsidium des Parteivorstandes vom 9.8.1989, ACDP-VI-052, K 404.

15 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 53/89 vom 6.10.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 4.

16 Abt. Leitende Parteiorgane, Information über die Parteiarbeit im Monat September 1989, Parteiinternes Material, Berlin 9.10.1989, ACDP-VI-052-27/1, S. 8.

17 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 55/89 vom 10.10.1989, ACDP-VI-052-22/2.

18 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 53/89 vom 6.10.1989, ACDP-VI-052-22/2 und Büro des Sekretariats, 9. Tagung des Parteivorstandes am 14.11.1989, ACDP-VI-052-052, S. 11.

Situation im Land wie in seiner eigenen Partei war für den DBD-Vorsitzenden die Geschichte der DDR von Erfolgen geprägt, zu denen auch die DBD beigetragen habe. Auch künftig werde die Bauernpartei »an der Seite der Partei der Arbeiterklasse und unter ihrer Führung gemeinsam mit allen in der Nationalen Front der Parteien und Massenorganisationen ihren eigenständigen Beitrag für das weitere Erblühen unserer sozialistischen Heimat leisten«.¹⁹

Als Erfolgsstory präsentierte sich gleichermaßen der wenige Tage später vorgelegte interne Bericht über die Parteiarbeit im September.²⁰ Getrübt wurde die positive Bilanz lediglich durch die Hinweise auf einige »Probleme«. So mußten die Verfasser einräumen, daß an der Basis weniger die »Erfolge« der vergangenen Jahrzehnte als vielmehr vorwiegend »Tagesfragen« diskutiert wurden, wie: »Warum wird in unseren Medien nicht auf das »neue Forum« eingegangen?« oder »Warum werden in unseren Medien die Vorschläge, die von kirchlicher Seite in Eisenach unterbreitet wurden, nicht diskutiert, analysiert und gewertet, wieso wird mit keinem Wort darauf eingegangen?«²¹ Die Parteifunktionäre, die selbst kaum über Informationen verfügten, konnten die an sie gerichteten Fragen selten zufriedenstellend beantworten. Viele fühlten sich hilflos und überfordert. Sie beklagten sich, daß sie mangels Unterstützung durch die Parteiführung nicht offensiv auftreten konnten.²² Entsprechende Beschwerden sollten bis zum Ende der DBD nicht mehr verstummen.

Bei zunehmendem Interesse an Aktivitäten, Zielen und Zusammensetzung des »Neuen Forum« und anderer Gruppierungen bestanden in der DBD kontroverse Auffassungen über die Rolle der Opposition. Die Mehrheit der Mitglieder distanzierte sich zwar zunächst von den Oppositionsgruppen, hoffte aber auf einen Dialog und »sichtbare Zeichen zu positiven Veränderungen«.²³

Am 10. Oktober reagierte die von der Dynamik der Ereignisse überrollte Parteiführung erstmals erkennbar auf die Entwicklungen. Ausgehend von den Positionen des SED-Politbüros beschloß das Sekretariat, daß Maleuda in einem offenen Brief an die Parteimitglieder »erste Gedanken der weiteren

19 *Bauern-Echo* vom 6.10.1989.

20 Abt. Leitende Parteiorgane, Information über die Parteiarbeit im Monat September 1989, Parteiinternes Material, Berlin 9.10.1989, ACDP-VI-052-27/1.

21 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 54/89 vom 9.10.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 7.

22 Vgl. z.B. Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 60/89 vom 17.10.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 3.

23 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 55/89 vom 10.10.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 4.

Arbeit unserer Partei darlegt«.²⁴ Unter dem Titel »Im konstruktiven Dialog für Kontinuität und Erneuerung« nahm die Parteiführung öffentlich zu den Ereignissen im Land Stellung. Während aber an der Basis die Meinung laut wurde, »daß es Zeit werde, daß die DBD nicht mehr widerspruchslos die Politik der SED unterstütze, sondern auf Reformen in der DDR dränge«²⁵, räumte Maleuda zwar ein, daß »noch viel zu tun sei«. Er versicherte jedoch abermals: »Doch an der Macht der Arbeiter und Bauern lassen wir nicht rütteln! Die DBD war, ist und bleibt ein allzeit zuverlässiger Bündnispartner der Partei der Arbeiterklasse!«²⁶ Trotz der Hinweise auf eigene Beiträge orientierte man sich weiterhin an der SED. Kritik und Vorschläge wollte man nur auf der Grundlage der Verfassung erlauben. Die als »Randalierer« und »Ausreißer« diffamierten Demonstranten und Übersiedler dagegen seien Helfershelfer des Westens bzw. von diesem verblendet.²⁷

Die Mitgliedschaft nahm die im »Bauern-Echo« bezeichnenderweise gleich nebeneinander abgedruckten Erklärungen des Politbüros und der Bauernpartei zwiespältig auf. Grundtenor der Kommentare war: »Höchste Zeit, daß sich die führenden Kräfte unseres Landes äußern.«²⁸ Andererseits wurde der Brief Maleudas als zu wenig konkret kritisiert. Wiederum mußte die Parteispitze feststellen, daß Mitglieder die »Positionen des Gegners« übernahmen, »bis hin zu antisozialistischen Reformforderungen bzw. konterrevolutionären Zielstellungen«.²⁹ Entsprechende Meinungsäußerungen erreichten den Parteivorstand, die Bezirks- und Kreisvorstände auch in persönlichen Schreiben von Parteimitgliedern, denen die Mitgliedsbücher bisweilen gleich beilagen.

Auf die lauter werdende Kritik an der inneren Situation der DDR reagierte Maleuda mit dem Vorschlag, »alle Vorzüge des Sozialismus [...] wirksamer und effektiver zu nutzen«.³⁰ Das Präsidium rief die Parteifunktionäre und -mitglieder zur Diskussion auf, insbesondere über Reformen in der Agrarpolitik. Zugleich erklärte man noch einmal, daß der Sozialismus »nicht zur Disposition« stehe.³¹ Glaubt man den parteiinternen Berichten und den Aussagen der Briefe, die ihn erreichten, stimmte Maleuda damit durchaus

24 35. Sitzung des Sekretariats vom 10.10.1989, Beschluß-Nr. 154/25/89, ACDP-VI-052-127/1.

25 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 54/89 vom 9.10.1989, ACDP-VI-052-22/2.

26 *Bauern-Echo* vom 13.10.1989.

27 *Bauern-Echo* vom 12.10.1989.

28 Abt. Leitende Parteiorgane, Zusammenfassung wesentlicher Meinungsäußerungen, Hinweise und Fragen der Mitglieder zum aktuellen politischen Geschehen aus allen Bezirksverbänden. Parteiinternes Material, Berlin 16.10.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 1.

29 EBD., S. 3.

30 »Kommunique der 32. Sitzung des Präsidiums des Parteivorstandes der DBD«, in: *Bauern-Echo* vom 18.10.1989.

31 EBD.

noch mit dem Gros der Parteimitglieder überein, die überwiegend auf immannente Reformen drängten. Aus diesem Grund wurde die Ablösung von Erich Honecker durch Egon Krenz auf der 9. Tagung des SED-Zentralkomitees innerhalb der Bauernpartei mehrheitlich zustimmend kommentiert. Allerdings war man der Meinung, daß dieser Schritt früher hätte erfolgen müssen. Zweifel und Kritik gab es hinsichtlich der erneuten Machtkonzentration bei Krenz.³²

Die Aussagen der DBD-Führung blieben weiterhin hinter den Erwartungen der Mitglieder zurück. So kritisierte die Basis die mangelnde innerparteiliche Transparenz und die fehlende Bereitschaft, aktiv Verantwortung zu übernehmen. Die Verantwortlichen wurden dazu aufgefordert, die Eigenständigkeit der DBD deutlicher nachzuweisen, was auch für das »Bauern-Echo« gelte: »Den Nachdruck von Meldungen, die bereits einen Tag vorher in allen anderen Zeitungen gestanden haben, könne man sich schenken.«³³ In den nun gut besuchten Mitgliederversammlungen wurden offene Diskussionen insbesondere über die führende Rolle der SED und die Profilierung einer eigenständigen und gleichberechtigten DBD geführt.³⁴

Anfang November berichteten die parteiinternen »Informationen«, »daß der überwiegende Teil der Mitglieder fest zum Sozialismus in der DDR steht, aber zugleich erwartet, daß bald sichtbare und vorwärtsweisende Veränderungen geschaffen werden«.³⁵ Selbst Funktionsträger kündigten immer häufiger an, alle Ämter niederzulegen und die Partei zu verlassen, wenn der Vorstand nicht rasch aktiv werde. Andere wandten sich stillschweigend ab, ohne aus der Partei auszutreten.

Vor diesem Hintergrund veröffentlichte das Präsidium des Parteivorstandes am 4. November 1989, dem Tag der Großdemonstration auf dem Alexanderplatz, unter dem Titel »Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands im Prozeß der Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR« eine Positionsbestimmung, in der Forderungen der Mitgliedschaft und der Demonstranten etwa nach einem neuen Wahlgesetz, einem Parteiengesetz und einem Mediengesetz übernommen wurden.³⁶ Zugleich versicherte

32 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 63/89 vom 24.10.1989 und Nr. 64/89 vom 25.10.1989 sowie Erste Stellungnahmen von Mitgliedern unserer Partei zur 9. Tagung des Zentralkomitees der SED, zur Wahl des Genossen Krenz zum Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, Berlin 19.10.1989, alle ACDP-VI-052-22/2.

33 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 64/89 vom 25.10.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 4.

34 Vgl. Abt. Leitende Parteiorgane, Informationen Nr. 65/89 vom 26.10.1989 und 66/89 vom 31.10.1989, ACDP-VI-052-22/2.

35 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 67/89 vom 3.11.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 3.

36 Vgl. Pressestelle des Parteivorstandes der DBD: Pressemitteilung zur Sitzung des Sekretariats des Parteivorstandes der DBD vom 6.11.1989, ACDP-VI-052-94/4.

man, daß die DBD »unerschütterlich auf dem Boden der Verfassung der DDR« stehe und sich »zum Sozialismus, zu unserem Staat der Arbeiter und Bauern, seiner allseitigen Stärkung und seinem Schutz« bekenne. Trotz entgegengesetzter Forderungen der Basis, die die Parteiführung in vielen der bis zu diesem Zeitpunkt fast 200 Schreiben erreichten,³⁷ bekannte man sich abermals »zum festen Bündnis mit der Partei der Arbeiterklasse« und »zur verantwortungsvollen, kameradschaftlichen und gleichberechtigten Zusammenarbeit der Parteien und Organisationen im Demokratischen Block und in der Nationalen Front der DDR«.³⁸

Wie die Kommentare zeigten, hätten sich die meisten Mitglieder deutlichere Aussagen zu den aktuellen Problemen sowie zur innerparteilichen Erneuerung gewünscht. Eindeutig abgelehnt wurde die erneute Unterordnung der DBD durch das Bekenntnis zur »Vorhut der Arbeiterklasse«. Manche Parteimitglieder berichteten in diesem Zusammenhang erstmals verbittert von persönlichen Kränkungen und beruflichen Herabsetzungen, mit der die Vorherrschaft der SED in der Vergangenheit für sie persönlich verbunden war.³⁹ Zustimmung fand die Bereitschaft der Parteispitze, mehr Verantwortung zu übernehmen, um die Rolle der DBD zu stärken, doch wurde immer wieder darauf verwiesen, daß es eine erhebliche Diskrepanz zwischen den Vorhaben und den personellen Möglichkeiten gab.⁴⁰

Die Gelegenheit, nun selbst Verantwortung zu übernehmen, nutzte die DBD auf der Sitzung des Zentralen Blocks am 11. November 1989, als sie Günther Maleuda als Kandidaten für das Amt des Volkskammerpräsidenten vorschlug. Zwei Tage später wurde der DBD-Vorsitzende von der Volkskammer in einer Stichwahl mit knapper Mehrheit zum neuen Präsidenten gewählt. Zwar hatte Maleuda selbst seiner Fraktion vorgeschlagen, Manfred Gerlach, den Kandidaten der LDPD, zu unterstützen, doch wurde dies abgelehnt.⁴¹ Die Wahl Maleudas fand jedoch selbst in seiner eigenen Partei keine ungeteilte Zustimmung, da man die vermutete »stille Rache« der

37 Abt. Leitende Parteiorgane, AG Briefe, Zusammengefaßtes Material der AG Briefe, Berlin 19.2.1990.

38 *Bauern-Echo* vom 4./5.11.1989.

39 Z.B. Abt. Leitende Parteiorgane, Informationen Nr. 71/89 vom 10.11.1989, ACDP-VI-052-22/2.

40 Vgl. Abt. Leitende Parteiorgane, Informationen Nr. 68/89 vom 8.11.1989, 69/89 und 70/89 vom 9.11.1989, 71/89 vom 10.11.1989, und: Erste Stellungnahmen von Mitgliedern unserer Partei zur Veröffentlichung, Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands im Prozeß der Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR, alle ACDP-VI-052-22/2.

41 Interview Michael Walter mit Günther Maleuda am 10.1.1995 in Bonn. Vgl. Günther MALEUDA, *Entdeckter Parlamentarismus. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik im Prozeß der »Wende«*, in: Siegfried PROKOP (Hrsg.), *Die kurze Zeit der Utopie. Die »zweite DDR« im vergessenen Jahr 1989/90*, Berlin 1994, S. 140-154, S. 141.

Reformgegner am populäreren Kandidaten Gerlach ablehnte.⁴² Außerdem gab es Bedenken, ob Maleuda angesichts seiner Doppelbelastung den Aufgaben als Parteivorsitzender würde nachkommen können. In der Folgezeit konnte sich Maleuda jedoch in seiner neuen Funktion profilieren, zumal er als Volkskammerpräsident erstmals von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen wurde.

Nachdem das Grundsatzdokument vom 4. November viele Fragen der Mitglieder noch immer nicht beantwortet hatte, sollte die 9. Tagung des Parteivorstandes zehn Tage später eine weitere Positionsbestimmung vornehmen und die Weichen zur Herstellung der Unabhängigkeit der Partei stellen. Der zwischenzeitlich erfolgte Fall der Mauer, den auch der überraschte Maleuda vor dem Fernsehbildschirm erlebte,⁴³ verstärkte den Druck, entsprechende Entscheidungen zu treffen. In seinem Referat, das die Vorstandsmitglieder nach einer kritischen Diskussion als Arbeitsgrundlage bestätigten, übte Maleuda Kritik an der politischen Führung der SED und der Regierung, die sich als unfähig erwiesen hätten, »rechtzeitig wichtige Entscheidungen zu treffen«.⁴⁴ Die DBD trete nun »nachdrücklich entschlossen und konsequent für die Wende zur Erneuerung der sozialistischen Verhältnisse in der DDR, für eine Umgestaltung, die zu mehr Demokratie, Freiheit und Menschenrechten, zu einem Aufschwung der politischen und geistig-kulturellen Entwicklung führt«, ein.⁴⁵ Maleuda betonte den Willen, stärker eigenes Profil zu gewinnen und plädierte für die Streichung des Artikels 1 der Verfassung.⁴⁶ Da die DBD bereit sei, den »sachlichen mitunter kontroversen demokratischen Dialog – auch mit Andersdenkenden« zu führen,⁴⁷ habe Georg Böhm im Auftrag des Sekretariats bereits ein Informationsgespräch mit Jens Reich vom Neuen Forum geführt.⁴⁸ Die DBD wolle im Demokratischen Block »gleichberechtigt mitarbeiten«. Sie unterstütze die Forderungen nach freien Wahlen.⁴⁹ »Der Sozialismus auf deutschem Boden« aber stehe ebensowenig zur Disposition wie die innerdeutschen Grenzen.⁵⁰

42 So z.B. Schreiben Prof. em. Dr. Wilhelm Simon, Schwerin, vom 5.12.1989 an Maleuda. Sekretariat des Vorsitzenden, Eingaben an den Vorsitzenden der DBD. Eingaben an den Präsidenten der Volkskammer in der Zeit von 1985 bis 1990, ACDP-VI-052-93/4.

43 Interview Michael Walter mit Günther Maleuda am 10.1.1995 in Bonn.

44 Büro des Sekretariats, 9. Tagung des Parteivorstandes am 14.11.1989, Referat des Parteivorsitzenden Günther Maleuda, Vorsitzender der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, ACDP-VI-052-052, S. 4.

45 EBD.

46 EBD., S. 7 und 12.

47 EBD., S. 13.

48 EBD., S. 12.

49 EBD., S. 20.

50 EBD., S. 49.

Da es aus der Basis Forderungen nach dem Rücktritt der gesamten Parteiführung gegeben hatte, stellte Maleuda für das Präsidium die Vertrauensfrage. Gleichzeitig wies er den Gedanken an seinen Rücktritt als Parteivorsitzender zurück, wofür er starken Beifall erhielt. Nach einer kurzen Diskussion befürwortete die Mehrheit der Vorstandsmitglieder eine geheime Abstimmung in der Vertrauensfrage.⁵¹ Nicht zuletzt aus Angst vor einer führungslosen Partei – überzeugende personelle Alternativen sah man vorerst nicht – bestätigten die 118 anwesenden Vorstandsmitglieder alle 16 Mitglieder des Präsidiums mit mehr als den erforderlichen 50 Prozent der Stimmen.⁵² Allerdings gab es sehr unterschiedliche Ergebnisse: Während Günther Maleuda und einige andere nur von einem Delegierten von der Stimmliste gestrichen wurden, erhielt Erwin Binder, der sich als Vorsitzender der DBD-Volkskammerfraktion durch öffentliche Äußerungen in Mißkredit gebracht hatte, 57 Gegenstimmen. Bereits vor der Abstimmung hatten die Präsidiumsmitglieder Paul Scholz, Stellvertreter des DBD-Vorsitzenden und langjähriger Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Leonhard Helmschrott, Chefredakteur des »Bauern-Echo« und Mitglied des Staatsrates, sowie Herbert Eichhorn um Entbindung von ihren Funktionen gebeten.⁵³

Der Parteivorstand beschloß außerdem die Einberufung von Arbeitsgruppen für die Ausarbeitung des Positionspapieres und eines neuen Programmes sowie die Überarbeitung des Statuts. In der Diskussion wiederholten die Vorstandsmitglieder Forderungen der Basis. Unter anderem wurde verlangt, die Parteiwahlen und den XIII. Parteitag vorzuziehen bzw. kurzfristig einen Sonderparteitag einzuberufen. Da sich die DBD auch als »grüne Partei« neu profilieren wollte, schlug man eine »Koalition« mit ökologisch orientierten Gruppen vor. Auf Kreis- und Ortsebene hatten Parteikollektive zu diesem Zeitpunkt bereits Kontakte mit dem Neuen Forum aufgenommen, um vor allem über Umweltfragen zu diskutieren.⁵⁴

Noch während der Vorstandssitzung wurde aus den aktuellen Koalitionsverhandlungen berichtet, daß man weiterhin den Sozialismus und eine souveräne DDR verteidigen, Partei und Regierung jedoch trennen wolle. Zur Besetzung der beiden Ministerien, die der DBD in der Regierung Modrow zustehen sollten, schlug man Hans Watzek für das Ressort Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft sowie Hans Reichelt für Umweltschutz und Wasserwirtschaft vor. Diese Überlegung stieß nur bei einem Diskussionsredner auf Kritik, der meinte, daß dies kein Beitrag zu einer personellen

⁵¹ EBD., S. 12/12a.

⁵² Wahlergebnisse siehe EBD., S. 19.

⁵³ Siehe zu den personellen Veränderungen EBD., S. 2 ff.

⁵⁴ Vgl. Abt. Leitende Parteiorgane, Information über die Parteiarbeit in den Monaten Oktober und November 1989, Parteiinternes Material, Berlin 11.12.1989, ACDP-VI-052-27/1, S. 11.

Erneuerung sei.⁵⁵ Drei Tage später wurde die Kabinettsliste Hans Modrows von der Volkskammer bestätigt.⁵⁶

Ende November war der Inhalt des Papieres »Die DBD im Prozeß der Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft« bei vielen Mitgliedern und Funktionsträgern noch immer unbekannt. Andererseits gab es »oft sehr drastisch vorgetragene Erwartungen an die Parteiführung«. Die Aussagen der Partei seien noch immer »zu wenig konsequent, zu unkonkret, lasch, halbherzig oder zu bescheiden«.⁵⁷ Die Kritik galt der fehlenden Glaubwürdigkeit mancher Parteifunktionäre, weshalb Neuwahlen auf allen Ebenen gefordert wurden. Dazu trug die Wende in der Haltung gegenüber der SED bei, die bei denen, die an der Basis gut mit den Genossen zusammengearbeitet hatten, kein Verständnis fand.⁵⁸ Mitglieder und Vorstände von Ortsgruppen und Kreisverbänden verlangten, das Programm und das Statut der DBD zur Diskussion zu stellen.⁵⁹

Noch immer war die Parteiarbeit geprägt von Versuchen, das Selbstverständnis der DBD im Erneuerungsprozeß zu bestimmen und von Diskussionen über einen grundlegend reformierten Sozialismus in der DDR. Zustimmung fand der Aufruf »Für unser Land«, dem sich auch Günther Maleuda, die Vorsitzenden der Bezirksverbände und die Abteilungsleiter des Parteivorstandes anschlossen.⁶⁰ Viele, die den Aufruf unterstützten, bezweifelten indes seine Wirkung. Mitglieder und Vorstände verlangten von der Parteiführung zunehmend konkrete Antworten auf die Frage nach den Ursachen für die politische, ökonomische und ökologische Krise. Zugleich machte sich der Ärger über politische Arroganz, Machtmißbrauch und Korruption Luft. Dies zeigte sich in emotionsgeladenen Diskussionen ebenso wie in Briefen von mittlerweile Tausenden von Mitgliedern, Ortsgruppen und Vorständen und nicht zuletzt in einer großen Zahl weiterer Parteiaustritte und Austrittserklärungen.⁶¹ Der Zorn der Basis richtete sich gegen die Ignoranz, Sprachlosigkeit und Handlungsunfähigkeit der Staats- und der eigenen Parteiführung. Mit ihrer »Nachtrabpolitik« reagiere die DBD zu langsam und setze zu wenig eigene Signale. Viele Kollegen fühlten sich von

55 9. Tagung des Parteivorstandes am 14.11.1989.

56 »Diese Regierung wird eine Regierung des Volkes und der Arbeiter sein«, in: *Neues Deutschland* vom 18.11.1989 [Deutschland 1989, Bd. 19, S. 21].

57 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 74/89 vom 27.11.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 1 und 3.

58 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 75/89 vom 28.11.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 1.

59 Abt. Leitende Parteiorgane, AG Briefe, Zusammengefaßtes Material der AG Briefe, Berlin 19.2.1990, ACDP-VI-052-92/5.

60 Pressemitteilung vom 30.11.1989, ACDP-VI-052-94/4.

61 Vgl. Abt. Leitende Parteiorgane, Information über die Parteiarbeit in den Monaten Oktober und November 1989, Parteiinternes Material, Berlin 11.12.1989, ACDP-VI-052-27/1.

der Parteispitze »vergessen und allein gelassen«.⁶² Immer mehr Mitglieder verhielten sich passiv oder resignierten und gingen in den Westen. Die Teilnehmerzahlen bei Parteiveranstaltungen gingen bis zur Beschlußunfähigkeit zurück. Auch bei den Leitungsgremien der mittleren und unteren Parteiebene war eine gewisse Zurückhaltung nicht zu übersehen, obgleich sie nur selten unmittelbar im Zentrum der Kritik standen. Vertrauensfragen von Sekretariaten der Bezirksvorstände jedenfalls wurden mit wenigen Ausnahmen positiv entschieden. Dennoch kam es zu einer Reihe von Rücktritten und Umbildungen in den Leitungen. Viele Kader waren hinsichtlich ihrer persönlichen Zukunft besorgt, doch gab es auch generelle Zweifel und Skepsis ob der Erfolgsaussichten der Partei in freien Wahlen. Viele DBD-Vertreter erklärten, nicht wieder kandidieren zu wollen.⁶³

Wie die parteiinternen »Informationen« außerdem berichteten, sprach sich die überwiegende Mehrheit der Mitglieder gegen die staatliche Einheit Deutschlands sowie gegen »ihre getarnte Variante in Form einer Konföderation« und damit auch gegen das Zehn-Punkte-Programm des Bundeskanzlers aus.⁶⁴ Beide Überlegungen hatte Maleuda wenige Tage nach seiner Wahl zum Volkskammerpräsidenten als »sehr unzeitgemäß« kommentiert, da es »gegenwärtig wirklich wichtigere Dinge« gebe.⁶⁵ Er befürchtete, daß in der angespannten Stimmung der Vorstoß des Bundeskanzlers die Bevölkerung weiter »euphorisierte«, statt sie zu beruhigen.⁶⁶ Eine Vertragsgemeinschaft mit der Bundesrepublik wurde in der Mitgliedschaft indes befürwortet. Es gab aber auch Stimmen für die Wiedervereinigung, etwa in Erfurt und Karl-Marx-Stadt. Dies sei die einzige Möglichkeit »aus der tiefen Krise herauszukommen«.⁶⁷

Am 5. Dezember forderte das Präsidium öffentlich den Rücktritt des Staatsratsvorsitzenden Krenz, seiner Stellvertreter und aller Staatsratsmitglieder. Zugleich erklärte die DBD die Mitarbeit im Demokratischen Block für beendet. Stattdessen bekannte man sich zur Politik des »Runden Tisches«. Daß der Austritt aus dem Demokratischen Block abermals erst nach entsprechenden Erklärungen der CDU und der LDPD verkündet wurde, konnte die Zweifel am Erneuerungswillen der Partei nicht beheben. Unter dem Druck der Basis schlug das Präsidium dem Vorstand vor, einen

62 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 79/89 vom 11.12.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 2.

63 Vgl. Abt. Leitende Parteiorgane, Information über die Parteiarbeit in den Monaten Oktober und November 1989, Parteiinternes Material, Berlin 11.12.1989, ACDP-VI-052-27/1.

64 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 77/89 vom 4.12.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 3.

65 BPA/DDR-Spiegel vom 18.11.1989.

66 So Günther Maleuda im Interview am 10.1.1995.

67 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 78/89 vom 6.12.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 2.

Sonderparteitag einzuberufen. Ferner wurde eine Neufassung des Positionspapieres beraten und sechs Tage später der 10. Tagung des Parteivorstandes vorgelegt.⁶⁸

Zum Jahresende präsentierte sich die DBD nach dem Urteil des langjährigen DDR-Beobachters Peter-Joachim Lapp als die Partei mit den geringsten Unterschieden zur SED.⁶⁹ Immerhin erklärte die am 15. Dezember 1989 veröffentlichte überarbeitete Fassung der »Programmatischen Leitsätze«, die Bauernpartei werde »sich nie mehr einer anderen Partei unterordnen oder in eine Rolle drängen lassen, die lediglich Mitverantwortung und Mitarbeit zuläßt«. Die DBD sei »eine Partei, die in der revolutionären Erneuerung der Gesellschaft die historische Chance für eine demokratische, humanistische und sozialistische Alternative auf deutschem Boden sieht«.⁷⁰ Ihre Partner suche sie sich insbesondere in »Bauern-, Zentrums-, liberalen sowie ökologischen Parteien, Organisationen und Bewegungen«.⁷¹ Von konservativen Parteien war hier – wenige Monate vor der Vereinigung mit der CDU – noch keine Rede. Stattdessen erklärte die Bauernpartei, daß sie Beziehungen mit dem Deutschen Bauernverband und den westdeutschen Grünen anstrebe. In der deutschen Frage trat die DBD weiterhin für die Eigenständigkeit der DDR ein, wobei sie ein Zusammenwirken der beiden deutschen Staaten auf der Basis einer Vertragsgemeinschaft befürwortete.⁷² Die DBD werde »sich daran vor allem auf den Gebieten Landwirtschaft und Umweltschutz beteiligen«.⁷³

Außer der Neufassung der »Programmatischen Leitsätze« beschloß die 10. Tagung des Parteivorstandes am 11. und 12. Dezember 1989, den Abschnitt I – Grundsätze und Ziele der DBD – im Parteistatut bis zur Neufassung des Statuts und des Programmes auf dem Außerordentlichen Parteitag außer Kraft zu setzen.⁷⁴

Um die Leitungstätigkeit des Parteiapparates zu stärken, wurde Michael Koplanski zum stellvertretenden Vorsitzenden der DBD gewählt. Nach seinem schlechten Ergebnis in der Vertrauensfrage und zahlreichen Rücktrittsforderungen aus der Basis legte Erwin Binder seine Funktionen als Mitglied des Präsidiums und Sekretär des Parteivorstandes nieder. Für ihn

68 Vgl. Pressemitteilung vom 5.12.1989, ACDP-VI-052-94/4.

69 Vgl. Peter Joachim LAPP, »Ehemalige DDR-Blockparteien auf der Suche nach Profil und Glaubwürdigkeit«, in: *Deutschland Archiv* 23 (1990), S. 62-68, S. 66 f.

70 Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands im Prozeß der gesellschaftlichen Erneuerung der DDR. Programmatische Leitsätze. Beschluß der 10. Tagung des Parteivorstandes, Bauern-Echo vom 16./17.12.1989.

71 EBD.

72 EBD.

73 EBD.

74 Büro des Sekretariats, 10. Tagung des Parteivorstandes der ZBS »Thomas Müntzer« in Borkheide am 11. und 12.12.1989, ACDP-VI-052-253.

rückte Wolfgang Kochan nach. Auch Werner Mitscherling ließ sich von seiner Funktion als Mitglied des Präsidiums entbinden. In das Gremium wurden stattdessen der Hochschullehrer Bernd Helmisch, Willfried Schimank, der Direktor der Zentralen Bildungsstätte der DBD in Borkheide, und Landwirtschaftsminister Hans Watzek gewählt. Neuer Chefredakteur des »Bauern-Echo« wurde Uwe Creutzmann.⁷⁵

Obwohl es noch immer Forderungen nach einem sofortigen Rücktritt der gesamten Parteiführung gab, war eine Neuwahl der zentralen Organe erst für den Außerordentlichen Parteitag vorgesehen. Da die Basis massiv auf eine schnellstmögliche Durchführung des Parteitages drängte, beschloß der Vorstand, diesen für den 27. und 28. Januar 1990 nach Berlin einzuberufen. Zur Vorbereitung sollten Mitgliederversammlungen und Kreiskonferenzen die Diskussion über die »Programmatischen Leitsätze« führen. Statt, wie von Mitgliedern vorgeschlagen, die Parteitagsdelegierten direkt in den Orts- und Wohnbezirksgruppen zu wählen, beschloß der Vorstand, die Delegierten in geheimer Wahl auf den Kreiskonferenzen nominieren zu lassen. Neuwahlen der Ortsgruppenvorstände, der Kreis- und Bezirksvorstände sollten nach Ansicht des Parteivorstandes vorerst nicht stattfinden, jedoch wurde die Entscheidung darüber den betreffenden Parteigliederungen selbst überlassen.⁷⁶

Um die »Enge der Landwirtschaft« zu verlassen und auch für die Stadtbevölkerung attraktiv zu werden, übernahm die DBD von der Opposition neben Forderungen nach einer umfassenden Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und Wirtschaftsreformen auch das Thema Ökologie. Sorge äußerte der DBD-Vorsitzende über die innenpolitische Lage. Er rief dazu auf, den Weg der Erneuerung mit Würde und Vernunft zu gehen, um das Land vor Chaos, Anarchie und Gewalt zu bewahren. Da die Bauern große Verantwortung für die Versorgung der Bevölkerung trügen, käme ihnen ein Streik nicht in den Sinn. Die eine Woche zuvor aufgenommenen Gespräche am Runden Tisch sollten bis zu den Volkskammerwahlen fortgesetzt werden.⁷⁷

Vielen Mitgliedern gingen die Beschlüsse nicht weit genug. Zunehmend fanden diejenigen Zustimmung, die die Erneuerung des Sozialismus und die Eigenständigkeit der DDR ablehnten. Wie die Parteiführung zur Kenntnis nehmen mußte, gab es dabei »Äußerungen, daß die Einheit Deutschlands schneller kommen werde, als viele denken«.⁷⁸ Manche Ortsgruppenvorsit-

⁷⁵ EBD.

⁷⁶ EBD., vgl. 38. Sitzung des Präsidiums des Parteivorstandes am 22.1.1990 in Berlin. Wahlrichtlinie des Parteivorstandes für die Wahl der Delegierten zum außerordentlichen Parteitag der DBD am 27. und 28.1.1990, Beschluß des Parteivorstandes vom 12.12.1989, ACDP-VI-052-405.

⁷⁷ Vgl. »Außerordentlicher Parteitag des DBD Ende Januar 1990« in: *Neues Deutschland* vom 13.12.1989 und »Bauernpartei will mehr Profil zeigen«, in: *Tagesspiegel* vom 13.12.1989.

⁷⁸ Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 82/89 vom 27.12.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 2.

zende unterstützten nun öffentlich das Zehn-Punkte-Programm des Bundeskanzlers. Einige Mitglieder sprachen sich, z.B. in den Kreisverbänden Plauen und Oelsnitz, für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten aus.⁷⁹ Andere befürchteten, »daß freie Wahlen die künftige Existenz als souveräner Staat in Frage stellen werden«. Die Eskalation von Wiedervereinigungsforderungen werde »mit wachsender Befürchtung, ja mit Angst verfolgt«, wurde der Parteispitze gemeldet.⁸⁰ Auch mit Blick auf den Wahlkampf wurde verlangt, daß die DBD-Führung sich stärker engagieren müsse, etwa über eigene Gesetzesentwürfe. »Viele Mitglieder äußern: Wir möchten erleben und damit arbeiten können, daß unsere Partei einmal die erste ist beim Auftreten mit neuen Gedanken.«⁸¹

Wie Einschätzungen der Bezirks- und Kreisvorstände Ende Dezember andeuteten, waren viele Mitglieder mehr an der Lösung aktueller Probleme als am Studium der Materialien des Parteivorstandes interessiert. Ein Drittel der Ortsgruppenvorsitzenden sei mit der Wahrnehmung ihrer Aufgaben überfordert.⁸² Im vierten Quartal 1989 verließen im Durchschnitt pro Kreisverband zwei Ortsgruppenvorsitzende die Partei, darunter häufig langjährig engagierte Mitglieder. Dies führte dazu, daß vielerorts die Parteiarbeit reduziert oder völlig eingestellt wurde.⁸³ Allein bis zum Jahreswechsel lösten sich mehr als 50 Orts- bzw. Wohnbezirksgruppen auf. Insgesamt verließen im letzten Quartal 1989 über 7.000 Mitglieder die Partei. Zu den Austritten kamen 415 Streichungen, davon 175 wegen Übersiedlung. Am Jahresende hatte die Bauernpartei offiziell in 6.939 Ortsgruppen noch rund 117.000 Mitglieder.⁸⁴ Auch die Demoskopen gaben wenig Anlaß zu Optimismus. In Ost-Berlin wurden am 29. Dezember 1989 die Ergebnisse einer Meinungsumfrage von Soziologen der Akademie für Gesellschaftswissenschaften bekanntgegeben. Auf die Frage, welcher Partei sie ihre Stimme geben würden, »wenn am Sonntag Wahl wäre«, nannten nur 1,6 Prozent der Angesprochenen die DBD.⁸⁵

Nachdem Maleuda noch einmal die Unterstützung seiner Partei für die Regierung Modrow bekräftigt hatte, beeilte sich das Sekretariat zu erklären, daß damit keine Koalitionsaussage für die Volkskammerwahlen oder

79 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 80/89 vom 14.12.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 2 f.

80 EBD., S. 4.

81 EBD., S. 4 f.

82 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 82/89 vom 27.12.1989, ACDP-VI-052-22/2.

83 Demokratische Bauernpartei Deutschlands, Parteivorstand, Abteilung Organisation (im folgenden abgekürzt: Abt. Organisation), Einschätzung der politischen und organisatorischen Lage in der Partei, Berlin 8.5.1990, ACDP-VI-052-23/1, S. 2 f.

84 Zahlenangaben nach Abt. Organisation, Organisationsbericht, Berlin 15.8.1990, ACDP-VI-052-194/3.

85 Chronik der Ereignisse in der DDR. Köln 1990, S. 46.

eine Aussage hinsichtlich der Position der Partei gegenüber der SED-PDS verbunden sei. Die DBD beteilige sich allein »aus gesellschaftlicher Verantwortung für das Volk und in Wahrnehmung ihrer Fachkompetenz an der Regierungsarbeit«, weil die DDR auch bis zu den Wahlen regierbar bleiben müsse.⁸⁶ An dieser Position hielt man auch fest, als die CDU Ende Januar beschloß, ihre Minister aus der Regierung zurückzuziehen. Die DBD kündigte jedoch an, vorgezogene Neuwahlen zu beantragen, falls eine Große Koalition unter Beteiligung der Oppositionsgruppen nicht zustande käme.⁸⁷

Nach Protesten gegen die inkonsequente personelle Erneuerung (»Ein neuer Kurs und alte Köpfe im Präsidium, das paßt nicht zusammen«⁸⁸), brachte die 11. Tagung des Parteivorstandes am 23. Januar 1990 weitere Veränderungen. »Aus Altersgründen« schieden die stellvertretenden Parteivorsitzenden Hans Reichelt und Paul Scholz sowie die Mitglieder des Präsidiums und Sekretäre des Parteivorstandes Georg Böhm und Wilhelm Weißgärber aus der DBD-Führung aus.⁸⁹ Insbesondere Reichelt, der am 9. Januar sein Ministeramt niedergelegt hatte und durch Peter Diederich ersetzt wurde,⁹⁰ war von der Basis seit längerem zum Rücktritt aufgefordert worden.

Am 27. und 28. Januar 1990 trafen sich 970 Delegierte in Ost-Berlin zum Außerordentlichen Parteitag der DBD. In seinem Eröffnungsreferat bekannte sich Maleuda zur Mitverantwortung der Bauernpartei und deren Führung für die Fehlentwicklungen in der DDR. Zu lange habe man die falschen Entscheidungen der SED mitgetragen. Da die ehemalige SED-Führung »die Hauptschuld und Verantwortung an der politischen Fehlentwicklung und den dadurch hervorgerufenen Widersprüchen und Konflikten« trage, grenze sich die DBD nun eindeutig »von dieser Partei« ab und ziehe »einen scharfen Trennungsstrich«.⁹¹ Man werde mit der SED-PDS weder ein Wahlbündnis noch eine Koalition eingehen. Für andere Koalitionsaussagen sei es noch zu früh.⁹²

⁸⁶ Pressemitteilungen vom 29.12.1989, vom 11. und vom 23.1.1990, ACDP-VI-052-94/4.

⁸⁷ Vgl. Hannes BAHRMANN/Christoph LINKS, *Chronik der Wende 2. Stationen der Einheit. Die letzten Monate der DDR*, Berlin 1995, S. 82.

⁸⁸ Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 80/89 vom 14.12.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 2.

⁸⁹ Pressemitteilung vom 23.1.1990, ACDP-VI-052-94/4.

⁹⁰ 2. Sitzung des Sekretariats des Parteivorstandes am 9.1.1990, Beschluß-Nr. 05/01/90, ACDP-VI-052-127/2 und *Bauern-Echo* vom 10.1.1990.

⁹¹ Parteivorstand der DBD (Hg.): Außerordentlicher Parteitag der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands am 27. und 28.01.1990 in Berlin, Materialien (im folgenden abgekürzt: Außerordentlicher Parteitag), ACDP-VI-052-47, Teil I, S. 2 f.

⁹² EBD., S. 3.

»Das administrative, bürokratische Modell des Sozialismus Stalinscher Prägung, auf dessen Grundlage unser Land in die Krise und das Volk ins Abseits geführt wurde«, lehne man konsequent ab.⁹³ Die Bauernpartei erstrebe stattdessen »eine antifaschistische, demokratische und humanistische Gesellschaft«, die »soziale Sicherheit für alle Bürger und eine gleichberechtigte Entwicklung von Stadt und Land« garantiere, die »auf der Grundlage einer bedarfsorientierten, ökologiegerechten sozialen Marktwirtschaft echtes Leistungsstreben und Unternehmergeist fördert und auf dieser Grundlage hohe Lebensqualität« gewährleiste und »Frieden und Völkerverständigung zu ihrem obersten Anliegen« mache.⁹⁴

In der Frage der deutschen Einheit trete die DBD für »eine stufenweise Annäherung und ständige Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der DDR und der BRD« ein, für eine Wirtschafts- und Währungsunion, für die Konvertibilität der DDR-Mark sowie für die »Schaffung eines gemeinsamen weitgehend entmilitarisierten, friedlichen europäischen Hauses«.⁹⁵ »Die Errungenschaften der Bodenreform« dürften dabei nicht in Frage gestellt werden: Die DBD lasse »nicht zu, daß Bauernland jemals wieder in Junkerhand gerät«.⁹⁶ Das genossenschaftliche Eigentum und die Existenz der Genossenschaftsbauern müßten auch in der Marktwirtschaft gesetzlich geschützt werden. Von einer Änderung des Parteinamens riet Maleuda in Übereinstimmung mit dem Parteivorstand ab. Ebenso blieben Pflug und Ähre im Parteiwappen.⁹⁷

In der Aussprache warf man der Parteiführung vor, zu langsam auf die kritischen Diskussionen reagiert zu haben, die in den Ortsgruppen bereits lange vor der Wende geführt worden seien. Auch jetzt hinke man der Entwicklung hinterher, wie ein Delegierter feststellte: »Uns genügt es nicht mehr, daß die Partei für die Einheit Deutschlands schlechthin spricht: Das Volk hat die Vorentscheidung dazu längst getroffen.«⁹⁸ Die durch den Druck der Basis erzwungene Annäherung an den Gedanken der Einstaatlichkeit wurde auch in der überarbeiteten Fassung der Programmatischen Leitsätze unterstrichen. Daher wurde zum Beispiel die Frage »Was für eine DDR will die DBD?« umgeändert in: »Was für eine Zukunft will die DBD?« Die DBD definierte sich nun als »eigenständig wirkende unabhängige Partei«, die offen sei »für alle Bürger, gleich welcher Weltanschauung und Religion, die die Verfassung der DDR anerkennen«. Sie erklärte sich zur Interessenvertreterin aller Bauern und bekannte sich zur »Lösung der deutschen Frage

93 EBD., S. 4.

94 EBD.

95 EBD.

96 EBD., S. 4 f.

97 EBD., S. 5.

98 Außerordentlicher Parteitag, Teil II, S. 11.

bis zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten, verbunden mit der Gestaltung eines friedlichen und demokratischen Europas«, zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, zum Schutz der Umwelt und zu einer »Wirtschaftsreform mit marktwirtschaftlicher Orientierung«.⁹⁹

Bei der Wahl des Parteivorsitzenden wahrte die DBD im Gegensatz zu ihren ehemaligen Blockpartnern personelle Kontinuität. Mit 615 Stimmen setzte sich Günter Maleuda klar gegen Ulrich Junghanns durch, für den 280 Delegierte votierten.¹⁰⁰

Da die Mehrheit der Mitglieder die Ergebnisse des Parteitages begrüßte, konnte sich die DBD nun endlich auf den längst angelaufenen Wahlkampf konzentrieren. Noch bevor Instruktionen und Hilfen von oben kamen, hatten in vielen Orts- und Wohnbezirksgruppen die Mitglieder selbst die Initiative ergriffen. Sie formulierten Wahlprogramme, fertigten Plakate und Anstecker und suchten die Diskussion mit den Wählern. Besonders originell war die Idee, dazu den Rahmen eines Schlachtfestes zu nutzen. Allerdings blickte man etwas neidisch auf die Plakate, Luftballons und Kugelschreiber, mit denen die vom Westen unterstützten Parteien ihre Wahlkampfschlacht ausfochten. Vergeblich hatte die DBD versucht, an dem auch von anderen Parteien und Gruppen zunächst gewünschten Verbot der Annahme von Wahlkampfhilfe aus der Bundesrepublik festzuhalten. Als aber die Volkskammer am 29. Januar das neue Wahlgesetz verabschiedete, stimmte nur die Fraktion der Bauernpartei gegen die Streichung des entsprechenden Absatzes.¹⁰¹

Unterschiedliche Meinungen gab es in der Frage möglicher Wahlbündnisse. So wurde vorgeschlagen, mit der Grünen Partei und der Grünen Liga zusammenzuarbeiten. Andere lehnten dies ab, da sie sich über das äußere Erscheinungsbild mancher Grüner mokierten.¹⁰² Auf seiner Sitzung vom 23. Februar 1990 bekräftigte das Präsidium den Beschluß, mit keiner Partei oder Gruppierung ein Wahlbündnis einzugehen. Stattdessen wollte man die Gründung einer DBD in der Bundesrepublik vorbereiten.¹⁰³

Zu diesem Zeitpunkt sah auch die Parteiführung angesichts der wirtschaftlichen Lage der DDR keine Alternative mehr zu einer raschen Währungsunion mit der Bundesrepublik. Auf einer Pressekonferenz sprach sich Ulrich Junghanns am 2. März für die deutsche Einheit, aber gegen »ein

⁹⁹ Programm der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, angenommen auf dem Außerordentlichen Parteitag, Berlin, 27./28.1.1990, in: *Bauern-Echo* vom 1.2.1990; vgl. »Marktwirtschaft, sicheres Eigentum und viel Ökologie«, in: *Neues Deutschland* vom 29.1.1990.

¹⁰⁰ Vgl. Stenografisches Protokoll des Außerordentlichen Parteitages der DBD am 27. und 28.1.1990 in Berlin, Bd. 2, ACDP-VI-052-46, Bl. 329 f.

¹⁰¹ Vgl. H. BAHRMANN/Chr. LINKS (wie Anm. 87), S. 88.

¹⁰² Abt. Organisation, Information Nr. 15/90 vom 13.3.1990, ACDP-VI-052-23/1, S. 4.

¹⁰³ Büro des Sekretariats, 2. Sitzung des Präsidiums vom 23.2.1990, Beschluß-Nr. 04/02/90, ACDP-VI-052-406.

überstürztes Ineinanderfallen beider deutscher Staaten« aus. Eine Vereinigung nach Artikel 23 des Grundgesetzes lehnte die DBD-Führung ab, da dies zu einem »totalen Zusammenbruch der Landwirtschaft in der DDR« führen könnte. Voraussetzungen für die Vereinigung seien unter anderem die Erhaltung der Existenzgrundlage der LPG, GPG und VEG, die Sicherung der bäuerlichen Existenz und Garantien zur Unantastbarkeit der Ergebnisse der Bodenreform. Mit diesen Forderungen wurde den wichtigsten Anliegen der Mitglieder entsprochen.¹⁰⁴ Deshalb zeigte man sich zufrieden darüber, daß diese Frage in die Verhandlungen über die Wirtschafts- und Währungsunion einbezogen wurde.¹⁰⁵

Bei den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 mußte die Bauernpartei die bereits erwartete Niederlage hinnehmen. Mit einem Gesamtergebnis von 2,18 Prozent errang die DBD neun Sitze in der Volkskammer. Da aber die Fraktionsstärke auf mindestens zehn Parlamentarier festgelegt worden war, bildeten die DBD-Abgeordneten gemeinsam mit der Vertreterin des Demokratischen Frauenbundes (DFD) eine Fraktion. Auf der 3. Tagung des Parteivorstandes am 26. März räumte Maleuda ein, daß die eigenen Erwartungen trotz guter Ergebnisse in einigen Kreisen und Bezirken nicht erfüllt worden seien. Es stelle sich die Frage, ob man nun mit der »Allianz für Deutschland« eine Koalition anstreben oder lieber in die Opposition gehen solle. Das Präsidium vertrete den Standpunkt, daß man sich »nicht anbieten« werde, solange es keine Angebote der Allianz gebe. Eine mögliche Offerte müsse sorgfältig geprüft werden. Ansonsten aber wolle die DBD eine »lautstarke, kritische, parlamentarische und außerparlamentarische Opposition« sein.¹⁰⁶ Dagegen sprach sich der Parteivorstand dafür aus, deutliche Signale für die Bereitschaft zu einer Regierungsbeteiligung zu setzen und pries die Kompetenz der DBD auf den Gebieten der Wirtschafts-, Umwelt- und Eigentumspolitik.¹⁰⁷

Während der Vorstandstagung traf sich auch das Präsidium. Maleuda übernahm die Mitverantwortung für das schlechte Wahlergebnis und kündigte Konsequenzen an. Den Antrag des geschäftsführenden Landesvorstandes Thüringen, zu prüfen, ob Maleuda noch weiter Vorsitzender bleiben könne, nahm der Kritisierte zum Anlaß, das Präsidium um die Entbindung von

¹⁰⁴ Vgl. Abteilung Organisation, Einschätzung der politischen und organisatorischen Lage in der Partei, Berlin 8.5.1990, ACDP-VI-052-23/1, S. 5.

¹⁰⁵ Pressemitteilungen vom 8., 12. und 13.2.1990; 2., 15. und 23.3.1990, ACDP-VI-052-94/4; Zitate Junghanns, 2.3.1990, Maleuda, 23.3.1990.

¹⁰⁶ Zu Ergebnissen der Volkskammerwahlen und die sich daraus für die DBD ergebenden Schlußfolgerungen, Rede des Vorsitzenden der DBD, Kollegen Dr. Günther Maleuda, auf der 3. Tagung des Parteivorstandes am 26.3.1990 in Borkheide, ACDP-VI-052-94/2. Vgl. zur Position des Präsidiums: Büro des Sekretariats, 4. Sitzung des Präsidiums vom 20.3.1990, Beschluß-Nr. 14/04/1990, ACDP-VI-052-406.

¹⁰⁷ Pressemitteilung vom 26.3.1990, ACDP-VI-052-94/4.

dieser Funktion zu bitten. Die Präsidiumsmitglieder lehnten das Ansinnen aus Furcht vor einer Spaltung jedoch einstimmig ab. Dieser Auffassung stimmte auch der Parteivorstand zu.¹⁰⁸

Inzwischen trat immer stärker die grundsätzliche Frage nach der Zukunft der Partei in den Vordergrund. Seit dem 1. Oktober 1989 hatten 25.278 Mitglieder, d.h. über 20 Prozent der Mitgliedschaft, die DBD verlassen. Dem gegenüber standen lediglich 651 Neuaufnahmen. Am 31. März 1990 wies die offizielle Parteistatistik noch 98.595 Mitglieder aus.¹⁰⁹ Immer noch traten Ortsgruppen geschlossen aus. Andere, vor allem in Sachsen und Thüringen, wechselten in die CDU oder in die neugegründete Deutsche Soziale Union (DSU) über. Im Bezirksverband Frankfurt/Oder wurde über ein Zusammengehen mit der PDS diskutiert, andernorts favorisierte man die Liberalen, die Sozialdemokraten oder linke Oppositionsgruppen.¹¹⁰ Das Spektrum der Vorstellungen über die Zukunft der Bauernpartei war kaum überschaubar. Aufgrund der Perspektivlosigkeit der Partei beschloß das Präsidium am 17. April 1990, Gespräche mit möglichen Partnern aufzunehmen.¹¹¹ Elf Tage später beauftragte der Vorstand das Präsidium, »umgehend offizielle Verhandlungen mit konservativen Parteien der DDR zum Zwecke eines politischen Bündnisses bzw. einer Fusion aufzunehmen«.¹¹² Das Verhandlungsmandat dazu wurde an die DSU gebunden,¹¹³ deren Generalsekretär Peter-Michael Diestel dem LPG-Vorsitzenden Paul Knott ein Angebot zur Zusammenarbeit unterbreitet hatte. Unabhängig davon kam es bei den Kommunalwahlen zu regional sehr unterschiedlichen Listenverbindungen. Im Bezirksverband Suhl kooperierten etwa 70 Prozent der Ortsgruppen mit dem Bund Freier Demokraten, in einigen Kreisverbänden gab es Listenverbindungen mit dem aus der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe hervorgegangenen Bauernverband, in Wernigerode und in Stendal bemühte man sich um ein Wahlbündnis mit dem Bündnis 90 und im Kreisverband Wenzleben um ein Zusammengehen mit den Grünen.¹¹⁴

Im Vergleich zu den Volkskammerwahlen konnte die DBD ihr Ergebnis am 6. Mai 1990 DDR-weit auf 3,7 Prozent steigern, wobei sie in zahlreichen Kreisen über zehn Prozent der Stimmen, im Kreis Stralsund/Land trotz der

108 Büro des Sekretariats, 5. Sitzung des Präsidiums vom 26.3.1990, ACDP-VI-052-406.

109 Abt. Organisation, Einschätzung der politischen und organisatorischen Lage in der Partei, Berlin 8.5.1990, ACDP-VI-052-23/1, S. 2.

110 Vgl. EBD., S. 3 f.

111 Büro des Sekretariats, 6. Sitzung des Präsidiums vom 17.4.1990, ACDP-VI-052-406.

112 Büro des Präsidiums, 4. Tagung des Parteivorstandes am 28.4.1990 in Borkheide, Beschlußprotokoll, Beschluß-Nr. PV 09/04/90, ACDP-VI-052-94/2.

113 EBD., Beschluß-Nr. PV 10/04/90.

114 Vgl. Abt. Organisation, Information Nr. 17/90 vom 26.3.1990, Nr. 19/90 vom 10.4.1990 und Nr. 20/90 vom 18.4.1990, ACDP-VI-052-23/1.

Konkurrenz des Bauernverbandes sogar über 21 Prozent erzielte.¹¹⁵ Dennoch reichte das Ergebnis insgesamt nicht aus, um der DBD einen eigenständigen Platz im Parteiensystem zuzuweisen. Auch die innerparteiliche Erosion setzte sich fort.

Ein Beschluß über den weiteren Weg der Bauernpartei im vereinten Deutschland mußte gefaßt werden. Eine Vorentscheidung traf der Parteivorstand am 21. Mai, als er in geschlossener Sitzung den Standpunkt der DBD als »konservativ-liberal« definierte.¹¹⁶ Tags darauf wies Pressesprecher Wilhelm Nix das Angebot des SPD-Vorsitzenden Wolfgang Thierse, DBD-Mitglieder in die SPD zu übernehmen, öffentlich zurück.¹¹⁷ Zuvor hatte Nix in einem Interview mit dem »Bauern-Echo« bereits eingeräumt, daß auch in der Frage einer Zusammenarbeit mit der DSU sehr unterschiedliche Meinungen in der Mitgliedschaft bestünden.¹¹⁸ In der Tat kam es nach Bekanntwerden des Vorstandsbeschlusses zu Unruhe, heftigen Protesten und abermals zu einer spontanen Austrittswelle. Nach einem weiteren »Gedankenaustausch zur Formierung der politischen Kräfte im konservativ-liberalen Lager« zwischen Ulrich Junghanns und Hansjoachim Walther von der DSU erklärte man am 7. Juni, »daß dazu beide Parteien eigenständige Beträge leisten« würden.¹¹⁹

Nachdem Maleuda das Präsidium auf seiner 7. Sitzung am 22. Mai noch über den Inhalt und die Ergebnisse von Gesprächen mit Vertretern von DSU, CSU, CDU, DA, FDP und SPD informiert hatte, reduzierte sich der Kreis der Gesprächspartner nun auf den BFD, die SPD und die CDU. Am 19. Juni beschloßen die Präsidiumsmitglieder mit acht zu drei Stimmen Mehrheit, dem Parteivorstand eine Vereinigung der Bauernpartei mit der CDU vorzuschlagen.¹²⁰ Den Entscheidungsprozeß in der Fusionsfrage legte Junghanns auf der entscheidenden 6. Vorstandstagung am 25. Juni noch einmal ausführlich dar. Nach Bemühungen, mit dem Raiffeisen- und dem Bauernverband eine Agrarlobby zu schaffen, hätten das Präsidium und seine Verhandlungsgruppen Gespräche mit Vertretern des konservativ-liberalen Lagers geführt.¹²¹ Man sei sich einig, daß die Bauernpartei in einem vereinigten Deutschland »keine Chance« auf eine parlamentarische Präsenz habe.

115 »Vorläufige Ergebnisse von den Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 in der DDR«, in: *Neues Deutschland* vom 9.5.1990.

116 Pressemitteilung vom 22.5.1990, ACDP-VI-052-94/4.

117 EBD.

118 Pressemitteilung vom 10.5.1990, ACDP-VI-052-94/4.

119 Pressemitteilung vom 7.6.1990, ACDP-VI-052-94/4.

120 Büro des Sekretariats, 7. Sitzung des Präsidiums vom 22.5.1990, ACDP-VI-052-406, und 8. Sitzung des Präsidiums vom 19.6.1990, Beschluß-Nr: 20/08/90.

121 Büro des Sekretariats, 6. Tagung des Parteivorstandes am 25.6.1990 in Berlin, ACDP-VI-052-094/2, S. 6, Zit. S. 14a.

Nun werde erwartet, daß man rasch einen Partner und eine gemeinsame politische Linie finde. Alle Parteien seien an einer Zusammenarbeit oder sogar Fusion mit der DBD stark interessiert gewesen. Da die ersten Parteien bald fusionierten, Landtagswahlen und danach auch die Bundestagswahl anstünden, müsse bereits »bundesweit in politischen Machtkategorien gedacht werden«. Deshalb gelte es, »jede Partei, ihre Strategie und Taktik stets für das einheitliche Deutschland zu sehen und auszuwerten«. ¹²²

Seitens der SPD habe es großes Interesse an der DBD gegeben. »Mehr als andere Verhandlungspartner« wolle die SPD die Strukturen der DBD nutzen, »um schnell in den Dörfern Fuß zu fassen«. Dafür habe die Partei unter anderem gemeinsame Listen für die Landtagswahlen und sichere Kandidatenplätze für die Bundestagswahl angeboten. Ein Zusammenschluß sollte nach dem Willen der Sozialdemokraten möglichst schnell erfolgen. ¹²³

Zurückhaltender hätten sich die Liberalen verhalten. Da bei einem Zusammenschluß mit der DBD die nach der LPD und der NDPD dritte der alten DDR-Parteien zum BFD gekommen wäre, hätte dies nicht nur die innerparteilichen Kräfteverhältnisse, sondern auch die zwischen Ost und West noch stärker verschoben, was in Bonn mit Sorge gesehen werde. ¹²⁴

Auch die CDU habe anfangs etwas gezögert. Inzwischen sei aber ihr Interesse an einem baldigen Zusammenschluß deutlich geworden. Deshalb habe sie der DBD eine paritätische Mitarbeit in den leitenden Gremien sowie eine anteilige Zahl von Kandidatenplätzen für die Landtags- und Bundestagswahlen zugesichert. Die CDU akzeptiere weitgehend die Programminhalte der DBD und sehe in Mitgliedern der Bauernpartei »landwirtschaftlich kompetente Anwärter auf staatliche Funktionen bis hin zu Regierungsämtern«. ¹²⁵

Nachdem das Präsidium alle bisher geführten Gespräche ausgewertet habe, sei man zu folgenden Ergebnissen gekommen: Mit den Liberalen gebe es zwar viele Gemeinsamkeiten, in der FDP sehe das Präsidium jedoch keine Perspektiven für die DBD-Mitglieder. In inhaltlichen Fragen gebe es mit der Ost-SPD »viele Übereinstimmungen«. Dennoch sprach sich das Präsidium gegen eine Bindung an die SPD aus. Diese sei »dem Grunde nach eine Arbeiterpartei«, wohingegen sich die DBD »als Eigentümerpartei, zunehmend als Unternehmerpartei« verstehe. ¹²⁶

Damit war klar, wohin sich die DBD-Führung orientierte: »Gestützt auf eine mehrheitliche Entscheidung« schlug das Präsidium dem Parteivorstand

¹²² EBD., S. 18.

¹²³ EBD., S. 19.

¹²⁴ EBD.

¹²⁵ EBD., S. 20 f.

¹²⁶ EBD., S. 22 ff.

vor, »eine Perspektive mit der Christlich-Demokratischen Union zu erörtern und zu verfolgen«.¹²⁷ Die CDU stehe dem neuen politischen Selbstverständnis der DBD programmatisch, in ihren Aussagen zu konkreten politischen Fragen und in ihrer »Mentalität« nahe.¹²⁸ Dennoch müsse um politische Positionen gerungen werden. Gerade in agrarpolitischen Fragen sehe man Differenzen zu führenden CDU-Politikern.¹²⁹ Das Präsidium und die Verhandlungsführer seien dennoch zu dem Ergebnis gelangt, daß kurzfristig auch der organisatorische Zusammenschluß verwirklicht werden sollte, und zwar »basisdemokratisch und paritätisch geordnet« noch vor den Landtagswahlen. Dabei sei sich die Parteiführung bewußt, daß viele Mitglieder einen Zusammenschluß erst nach den Landtagswahlen wünschten. Die Situation der DBD lasse jedoch keine andere Wahl. Sollten sich die sozialen Konflikte mit dem Übergang zur Marktwirtschaft verschärfen, bestehe die Gefahr, daß die DBD in dieser Lücke »zermahlen« werde. Eine positive Entwicklung hingegen würden die Bauern den Regierungsparteien anrechnen. Außerdem müßten jetzt die Entscheidungen für die Landtags- und Bundestagswahlen getroffen werden. Man könne nicht warten, bis »alle Stühle besetzt« seien.¹³⁰ Schließlich verlagere sich die Entscheidungskompetenz spätestens mit der Vereinigung der Parteien der Bundesrepublik und der DDR von Berlin nach Bonn. Damit würden die Ausgangspositionen der DBD für Verhandlungen über einen Parteienzusammenschluß wesentlich schlechter. Deshalb müsse man nun die Angebote der CDU nutzen.¹³¹ Als programmatische Eckpunkte müßten in die Verhandlungen eingebracht werden: »die Unantastbarkeit der Ergebnisse der Bodenreform und die Klärung von Eigentumskonflikten; die Gewährleistung einer chancengleichen Entwicklung von Genossenschaften und einzelbäuerlichen Betrieben; die Verbindung von Strukturwandel der Landwirtschaft mit Förderungsprogrammen zur Infrastruktur der Dörfer und Kleinstädte für eine aktive Arbeitsbeschaffungspolitik im ländlichen Raum.«¹³²

Wie die Diskussion zeigte, bestand auf unterer Ebene vielerorts bereits eine gute Zusammenarbeit mit der CDU. Auch die Vertreter der Landesverbände votierten mehrheitlich für die Fusion. Dagegen erklärte Günther Maleuda, daß er sich »nicht für die Partei des Großkapitals im künftigen Gesamtdeutschland entscheiden« könne.¹³³ Mit seinen Bedenken blieb der Vorsitzende jedoch in der Minderheit. 46 der 58 anwesenden

127 EBD., S. 24. Unterstreichung im Original.

128 EBD., S. 25 f.

129 EBD., S. 26 f.

130 EBD., S. 27 ff.

131 EBD., S. 28.

132 EBD., S. 29 f.

133 EBD., S. 3.

Vorstandsmitglieder stimmten in geheimer Abstimmung dem Beschlußvorschlag des Präsidiums zu, »sich für die Stärkung des konservativ-liberalen Lagers in Deutschland einzusetzen«. Indes stehe es jedem Mitglied frei, für sich persönlich zu entscheiden, ob es diesen Schritt beschreiten wolle. Der innerparteiliche Einigungsprozeß sollte von der Basis ausgehen und durch die Schaffung föderalistischer Parteistrukturen vollendet werden. Das Präsidium wurde beauftragt, Vertreter in eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit Repräsentanten der CDU zu entsenden, die kurzfristig die organisatorischen und programmatischen Vorbereitungen treffen sollte.¹³⁴

Maleuda nahm das Abstimmungsergebnis zum Anlaß, um die Entbindung von seinen Parteifunktionen zu bitten. Sein Vorschlag, Ulrich Junghanns, der in der Öffentlichkeit ohnehin zunehmend die Partei repräsentierte, zum Nachfolger zu wählen, wurde einstimmig bestätigt.

Wie die Berichte aus den Landesverbänden und Bezirken zeigten, gab es auf den nicht zuletzt aufgrund der Erntezeit schlecht besuchten Mitgliederversammlungen regional und lokal recht unterschiedliche, jedoch überwiegend negative Reaktionen auf den Vorstandsbeschluß. Die meisten Mitglieder waren nicht bereit, noch einmal in eine neue Partei zu gehen bzw. sich überhaupt noch politisch zu engagieren.¹³⁵ Heftig kritisiert wurde, daß sich die Parteiführung über die Köpfe der Mitglieder hinweg entschieden habe. Selbst Kreissekretariate beschwerten sich, sie seien erst aus der Presse über die Ergebnisse der Bündnisverhandlungen informiert worden. Häufig wurde argumentiert, daß für einen Fusionsbeschluß ein außerordentlicher Parteitag hätte einberufen werden müssen. Die Verantwortlichen sahen sich mit dem Vorwurf konfrontiert, sie trachteten lediglich danach, rechtzeitig ihre Karriere zu sichern.

Einige Parteigliederungen im Norden wollten trotzig weitermachen und die DBD als eine Regionalpartei des Ostens neu profilieren.¹³⁶ Auf der anderen Seite lösten sich Ortsgruppen mit dem Argument auf, daß dies »ehrevoller« für die ehemals »treuesten SED-Verbündeten« sei, denn als »Wendehälse« in die CDU überzutreten, nachdem man auf dem außerordentlichen Parteitag ausdrücklich beschlossen hatte, sich »nie mehr« einer anderen Partei unterzuordnen.¹³⁷ Hauptargument gegen einen Beitritt zur CDU war deren Agrarpolitik, die man für die kritische Situation der Landwirtschaft in der DDR verantwortlich machte. Nachdem die Handelsketten

¹³⁴ Beschluß der 6. Tagung des Parteivorstandes der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands vom 25.6.1990, ACDP-VI-52-94/2.

¹³⁵ Informationen von Bezirksbeauftragten und Auswertung zum Beschluß der Zusammenführung von DBD und CDU, ACDP-VI-052-27/2.

¹³⁶ EBD.

¹³⁷ Vgl. Abt. Organisation, Information über die Beratung des stellv. Vorsitzenden der DBD, Horst Packmohr, mit den Landes- und Bezirksbeauftragten des Parteivorstandes am 27.7.1990, 8.00-9.00 Uhr, Berlin 30.7.1990, ACDP-VI-052-23/1.

im Frühjahr 1990 die bestehenden Verträge mit dem Binnenhandel gekündigt hatten, verschärften seit Monaten massive Absatzschwierigkeiten die Probleme der LPG. Obwohl die Regierung Preissenkungen für verschiedene landwirtschaftliche Erzeugnisse verfügte, waren Produkte aus der DDR schwer verkäuflich. Vielerorts hatte die Konkurrenz durch westdeutsche Molkereiprodukte zur Folge, »daß die Milch vom Stall gleich auf den Acker gefahren« wurde.¹³⁸

Für große Verunsicherung sorgte das am 20. Juli in Kraft getretene Landwirtschaftsanpassungsgesetz vom 29. Juni 1990.¹³⁹ Die Einbeziehung der DDR in die EG-Agrarunion am 1. August bildete den zweiten wichtigen Schritt auf dem Weg zur Integration der planwirtschaftlich organisierten Landwirtschaft der DDR in die westliche Marktordnung. Damit verbunden waren einschneidende Strukturveränderungen in allen Bereichen: »der Eigentumsordnung, der Rechtsform und Größe der Betriebe, der Preis- und Produktionsstruktur, der Boden- und Vermögensverteilung und der Beschäftigung«.¹⁴⁰ Negativ wirkte sich ferner aus, daß die üblicherweise im Sommer ausbezahlten staatlichen Gelder zwar auch von der neuen Regierung bereitgestellt worden, in den Betrieben jedoch noch nicht angekommen waren. Wütend griffen die Landwirte die Regierungsmitglieder an – verbal und mit Eierwürfen. Aufgrund der katastrophalen Lage befürchtete der Ministerrat eine weitere »Radikalisierung der politischen Atmosphäre und kriminelle Gesetzesverstöße«.¹⁴¹ Für diejenigen, die mit ihren Traktoren auf der Straße und mit der Wahl der Bauernpartei bei den Kommunalwahlen gegen die CDU-Agrarpolitik protestiert hatten, war der Fusionsbeschluß schlicht ein »Verrat am Wählerwillen«.¹⁴²

Dagegen hatte die West-CDU, die an den Verhandlungen nicht direkt beteiligt war, keine Einwände gegen die Fusion. Wie Martin Kirchner, der Generalsekretär der Ost-CDU, berichtete, hatte seine Parteiführung vor ihrer Entscheidung mit dem Konrad-Adenauer-Haus gesprochen und dort ein »vorbehaltslos positives Echo« gefunden.¹⁴³ Von den betroffenen

138 Vgl. Abt. Organisation, Information Nr. 30/90 vom 10.7.1990, ACDP-VI-052-23/1, S. 2 f.
139 GBl. I Nr. 42, S. 642 – LwAnpG. Vgl. Joachim LIESER, *Umstrukturierung der ostdeutschen Landwirtschaft*, in: *Deutschland Archiv* 28 (1995), S. 831 ff.

140 Hans MITTELBACH, »Erfolgreicher, aber schmerzhafter Wandel. Von der sozialistischen Landwirtschaft zur EU-Agrarindustrie«, in: *Das Parlament* Nr. 24 v. 17.6.1994.

141 Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Beschluß des Ministerrates 18/3/90 vom 18. Juli 1990: »Beschluß über das Konzept zur Sicherung der Liquidität der Landwirtschaftsbetriebe und zum Stand der strukturellen Anpassung an marktwirtschaftliche Erfordernisse«, S. 18.

142 Abt. Organisation, Information über die Beratung des stellv. Vorsitzenden der DBD, Horst Packmohr, mit den Landes- und Bezirksbeauftragten des Parteivorstandes am 27.7.1990, 8.00-9.00 Uhr, Berlin 30.7.1990, ACDP-VI-052-23/1.

143 »CDU wird zweitstärkste Partei«, in: *Frankfurter Rundschau* vom 28.6.1990.

Parteigliederungen in der DDR ließ sich dies nicht immer behaupten. Mancherorts wurde das Verhältnis zur DBD durch das Beharren einiger CDU-Kreisvorstände auf reguläre Aufnahmeverfahren oder Einzelfallentscheidungen belastet. Als entwürdigend und empörend empfanden fusionswillige Angehörige der Bauernpartei etwa die Haltung des CDU-Vorstandes in Guben, der erwartete, daß sich die DBD auflösen und ihre Mitglieder über einen individuellen Antrag, unterstützt von zwei Bürgen, Aufnahme in die CDU finden sollten.¹⁴⁴ Andernorts wurden Beitrittswillige an die SPD verwiesen. Nicht selten entstand der Eindruck, die Union wolle sich auf Kosten der DBD von ihren eigenen Vergangenheitssünden reinwaschen. Generell negative Konsequenzen hatte das konkurrierende Auftreten in den Wahlkämpfen zu den Volkskammer- und Kommunalwahlen. In Orten, in denen die DBD vor der CDU gelegen hatte, gab es tendenziell größere Vorbehalte gegen die Vereinigung mit der Union.¹⁴⁵ Umgekehrt hatten Angehörige der Ost-CDU Bedenken gegen eine »Überfremdung« durch die Bauernpartei gerade in den ländlichen Gebieten.¹⁴⁶ Nicht selten vergifteten persönliche Animositäten die Stimmung: Wo ein Kreissekretär der CDU sein DBD-Pendant als »rote Sau« beschimpfte, »die man an den Füßen aufhängen müßte«¹⁴⁷, war eine Zusammenarbeit nur schwer vorstellbar. Auf der anderen Seite gab es aber auch zahlreiche gelungene Beispiele für ein gleichberechtigtes Zusammengehen. In Orten, in denen es in der Vergangenheit eine gute Zusammenarbeit gegeben hatte, gestaltete sich meist auch der Vereinigungsprozeß positiv. Oftmals erhofften sich DBD-Funktionäre von einer Mitgliedschaft in der CDU Vorteile für sich persönlich oder für ihre Betriebe und deren Belegschaft. Grundsätzlich hing viel von der Entscheidung einzelner Persönlichkeiten ab. Wo sich nur wenige Funktionsträger bereit fanden, zur CDU zu gehen, wirkte sich dies auch negativ auf die Basis aus.

Am 30. Juni 1990 verzeichnete die Parteistatistik noch 80.806 Mitglieder. Im ersten Halbjahr registrierte die DBD 36.525 Abgänge, davon 18.734 im zweiten Quartal. Dabei war die Austrittsrate nach Bezirks- bzw. Landesverbänden unterschiedlich hoch und lag zwischen 20,6 Prozent in Cottbus und 44,9 Prozent in Potsdam, DDR-weit bei insgesamt 30 Prozent.¹⁴⁸

144 Abt. Organisation, Information Nr. 33/90 vom 3.8.1990, ACDP-VI-052-23/1.

145 Abt. Organisation, Information über die Beratung des stellv. Vorsitzenden der DBD, Horst Packmohr, mit den Landes- und Bezirksbeauftragten des Parteivorstandes am 27.7.1990, 8.00-9.00 Uhr, Berlin 30.8.1990, ACDP-VI-052-23/1, S. 2.

146 So CDU-Generalsekretär *Martin Kirchner* in der Berliner Morgenpost von 27.6.1990, »Bauernpartei findet in der CDU »neue Heimat«.

147 Abt. Organisation, Information Nr. 29/90 vom 5.7.1990, ACDP-VI-052-194/3, S. 2.

148 Abt. Organisation, Organisationsbericht, Berlin 15.8.1990, ACDP-VI-052-194/3.

Trotz aller Schwierigkeiten herrschte nach dem Fusionsbeschluß zumindest Klarheit über die Perspektive. Jedes Mitglied hatte nun die Möglichkeit, sich für oder gegen den angezeigten Weg zu entscheiden. Zügig wurden Kontakte zur CDU auf allen Ebenen aufgenommen und die Vereinigung vorbereitet.

Am 21. und 22. Juli 1990 fand in Burgscheidungen eine gemeinsame Tagung der Parteivorstände der DBD und der CDU statt. Lothar de Maizière begrüßte in seiner Ansprache, daß die CDU als »wertkonservative Partei« nun »eine wesentliche Verstärkung ihres bäuerlichen Elementes« erfahre.¹⁴⁹ Er drückte die Erwartung aus, daß die bisherigen DBD-Mitglieder sich vor allem in der neugegründeten Landwirtschaftsvereinigung und den Umweltgremien der CDU engagieren würden.¹⁵⁰ Zugleich räumte der CDU-Vorsitzende offen ein, daß bei der Entscheidung zur Fusion auch wahltaktische Überlegungen eine Rolle spielten.¹⁵¹

Für die DBD rechtfertigte Ulrich Junghanns den Zusammenschluß als Ergebnis eines Erkenntnisprozesses, »an dessen Ende die Gewißheit steht, daß wir im Zusammenschluß mit der Christlich-Demokratischen Union das höchste Maß einer politischen Entfaltung und Wirksamkeit unserer Mitglieder für die Wahrnehmung und Realisierung politischer, ökonomischer und sozialer Interessen erreichen werden«.¹⁵² Daß die Diskussion innerhalb der Bauernpartei emotionaler geführt werde als in der Union, sei verständlich: »Bitte beachten Sie: Die Mitglieder der CDU bleiben in ihrer Partei. Die DBD-Mitglieder wechseln vor dem Bekannten- und Kollegenkreis, vor ihren Wählern in eine andere Partei.«¹⁵³ Nichtsdestotrotz sei die Entscheidung »unter klaren und guten Konditionen in politisch-programmatischer Hinsicht sowie für die Repräsentanz von Parteimitgliedern in den Vorständen und auf den Landtags- und Bundestagswahlkandidatenlisten der CDU gefällt« worden.¹⁵⁴ Junghanns räumte aber ein, daß viele der ehemaligen DBD-Mitglieder Schwierigkeiten hätten, sich nun in der CDU wiederzufinden. Auf beiden Seiten existierten »Barrieren, mitunter Barrikaden, die schier unüberwindlich wurden und sich schon gar nicht mit Druck von oben abreißen ließen«.¹⁵⁵

149 Gemeinsame Tagung des Parteivorstandes der DBD und des Parteivorstandes der CDU am 21. und 22.7.1990 in Burgscheidungen, ACDP-VI-052-94/2, S. 1.

150 EBD., S. 3.

151 EBD., S. 5.

152 Rede des amtierenden Parteivorsitzenden der DBD, Kollegen Ulrich Junghanns, zur 7. Sitzung des Parteivorstandes am 21.7.1990 in Burgscheidungen, ACDP-VI-052-94/2, S. 4.

153 EBD., S. 9.

154 EBD., S. 3.

155 EBD., S. 15.

Unter denen, die nicht bereit waren, diese Hürden zu überspringen, waren drei Volkskammerabgeordnete der Bauernpartei, darunter der ehemalige Minister Hans Watzek, die zur SPD übertraten.¹⁵⁶ Dieser Schritt verschärfte die Situation innerhalb der DBD. Für manche hatte er Signalwirkung, andere waren enttäuscht und verärgert über diesen »Verrat«. Am 29. August beschloß die DBD/DFD-Fraktion ihre Auflösung. Von den verbliebenen Volkskammerabgeordneten wechselten nur vier zur CDU. Einer ging zu den Liberalen, Günther Maleuda blieb fraktionslos. Konkurrenz erhielt die Bauernpartei weiterhin auch durch die DSU und die PDS, die mancherorts erfolgreich um Mitglieder warben.

Nachdem im August bereits die Vereinigung der Landesverbände vollzogen worden war, wurde auf der Zentralen Delegiertenversammlung der DBD in Borkheide am 15. September 1990 der Zusammenschluß der beiden Parteien vollendet.¹⁵⁷ DBD-Mitglieder gehörten inzwischen zum Kern der neugegründeten Landunion in der CDU. Viele von ihnen wurden auf den Kandidatenlisten der CDU für die Landtagswahlen platziert. In Sachsen-Anhalt und Thüringen wurden mit Otto Mintus und Volker Sklenar zwei ehemalige DBD-Mitglieder Landwirtschaftsminister.

Dennoch gingen von den Ende Juni registrierten knapp 81.000 Mitgliedern der Bauernpartei schätzungsweise höchstens 20 Prozent den angezeigten Weg in die CDU mit. Mit dem Hamburger Parteitag wurden auch sie in die gesamtdeutsche CDU integriert.

¹⁵⁶ Vgl. Pressemitteilung vom 25.7.1990, ACDP-VI-052-94/4.

¹⁵⁷ Beschlußprotokoll der Zentralen Delegiertenversammlung der DBD am Sonnabend, den 15.9.1990 in Borkheide, Berlin 15.9.1990, ACDP-VI-052-94/1.